

CHINA aktuell

Regierung insgesamt 76,9 Mrd.NT\$ an Aktienumsatzsteuern und 84,8 Mrd. NT\$ an Warensteuern kassiert, nur 68% bzw. 87% der Veranschlagung im Budget. Bei den Gesamtsteuereinnahmen wurden 799,6 Mrd.NT\$ erreicht, was 98,2% der Zielsetzung entspricht. Es fehlen nur 1,8% oder 14,66 Mrd. NT\$ bis zum geplanten Ziel von 814,6 Mrd.NT\$. Noch im April d.J. hatte die Regierung ein Steuerloch von 70-80 Mrd.NT\$ erwartet. Es zeigt sich, daß die Flaute auf dem Aktienmarkt die Gesamtkonjunktur wenig beeinflusst. (LHB, 11.7.91; CP, 10.7.91)

Für den wichtigsten Aufwind bei der Konjunkturerholung sorgte die kräftige Belebung der Exporte. Im Juni stiegen sie gegenüber dem Vorjahresmonat um 30,8% - nach 21% im Vormonat, damit wurde eine neue historische Einzelmonatsrekordhöhe von 6,89 Mrd.US\$ (im Mai 6,81 Mrd.US\$) erreicht. Die Handelsbilanz wies einen Exportüberschuß von 1,7 Mrd.US\$ auf, er war ebenfalls noch nie so hoch in einem Einzelmonat seit Juli 1989 gewesen. (FCJ, 12.7.91) Infolge des Exportbooms legte die Industrieproduktion im Mai beim Jahresvergleich um 8,6% zu, für Juni wurde von der Regierung ein noch besseres Ergebnis erwartet.

Günstig für die Wirtschaftserholung wirkte sich auch die Preisentwicklung aus. Der Verbraucherpreisindex lag im Juni bei 113,81 Punkten, 3,6% höher als vor einem Jahr und 0,57% über dem Vormonat. (CP, 6.7.91) Der Reiskontsatz der Zentralbank wurde am 15.Juni von 7,75% auf 7,375 herabgesetzt. (LHB, 14.7.91; CP, 15.7.91)

Ausgehend von einer Fortdauer der günstigen Konjunkturerholung im Inland und in den wichtigen Industriestaaten prognostiziert der RWPE für das kommende Jahr ein weiteres Wirtschaftswachstum von 7% und eine Inflationsrate von unter 3,5%. (LHB, 11.7.91) -ni-

*(46)

Gründung von 15 privaten Banken genehmigt

Das Wirtschaftsministerium in Taipei hat am 26.Juni auf einen Schlag Anträge auf Gründung von 15 neuen Privatbanken genehmigt. (LHB und CP, 26.6.91; ZZ, 5.7.91)

Dies kennzeichnet eine neue Epoche im Finanzwesen Taiwans. Von den 40 Niederlassungen ausländischer Banken abgesehen, hat Taiwan zur Zeit 24 einheimische Banken, die vollständig oder quasi dem Staat gehören. Wegen des bürokratischen Arbeitsstils und der übervorsichtigen Kreditpolitik der öffentlichen Banken können die meisten Klein- und Mittelunternehmen nicht umhin, sich zur Finanzierung ihrer Vorhaben an den Schwarzmarkt zu wenden. Während des Wirtschaftsbooms in den letzten Jahren ist die Anzahl der sogenannten Untergrundgeldinstitute drastisch gestiegen. Hunderte von großen und kleinen unseriösen Investmentgesellschaften beschäftigten und beschäftigten sich illegalerweise mit Kreditgeschäften. Darüber hinaus setzten die Amerikaner angesichts ihres übermäßigen Handelsdefizits seit langer Zeit Taiwan unter Druck, seinen Markt im Dienstleistungsbereich, vor allem bei Bank- und Versicherungsgeschäften, zu öffnen.

Die Regierung in Taipei kündigte daraufhin vor drei bis vier Jahren eine Politik der "Liberalisierung und Internationalisierung des Finanzwesens" an. Im Juli 1989 wurde ein Bankgesetz novelliert, das die Gründung privater Geldinstitute und eine Geschäftserweiterung ausländischer Banken ermöglichte (s. dazu C.a. Juli 1989, Ü 43, S.488 f.). Im April 1990 gingen die ersten Anträge beim Finanzministerium zur Gründung neuer privater Banken ein (s. dazu C.a. April 1990, Ü 42, S.278.). Insgesamt wurden 19 Anträge eingereicht, wovon 4 abgelehnt wurden. Die 15, die die erste Genehmigung bekamen, mußten innerhalb von zwei Wochen diejenigen Initiatoren auswechseln, deren Qualifikation den Bestimmungen nicht entsprachen. Außerdem waren innerhalb von zwei Monaten 80% des Grundkapitals aufzubringen, die restlichen 20% konnten danach durch Emissionen auf dem öffentlichen Börsenmarkt erworben werden. Die Mindestkapitalausstattung beträgt nach dem Bankgesetz 10 Mrd. NT\$ (z.Z. rund 370 Mio.US\$). Die endgültige Lizenz wird erst erteilt, wenn genug Grundkapital vorhanden ist. Deswegen wird die Gründung der ersten neuen Privatbank erst Ende des laufenden oder Anfang des kommenden Jahres erfolgen.

Die Öffnung für private Banken stellt für die öffentlichen und halböffentlichen Geldinstitute im Hinblick auf

Wettbewerb eine große Herausforderung dar. Auch die Regierung wird die Bankaufsicht verstärken müssen, denn die führenden Teilhaber der 15 genehmigten neuen Banken sind fast ausschließlich Großunternehmer, und von Insidergeschäften wie illegalen Interessentransfers oder Täuschungsmanövern innerhalb einzelner Unternehmensgruppen ist in Taiwan nicht selten zu hören. Es wurde berichtet, daß einige Initiatoren der 15 neuen Banken gleich nach der Gründungsgenehmigung versucht hätten, ihre Anteile zu vielfach erhöhtem Kurs zu veräußern. (LHB und CP, 28.6.91) -ni-

Hongkong und Macao

*(47)

Sino-britische Einigung über den Flughafenbau in Hongkong

Nach neun Monaten zäher Verhandlungen haben sich London und Beijing nun über den Bau eines neuen Flughafens in der Kronkolonie Hongkong, die 1997 von Großbritannien an China zurückgegeben wird, geeinigt. (DGB, 6.7.91) Wie berichtet (C.a., Oktober 1989, S.777 ff., September 1990, S.712 f., Dezember 1990, S.933 f., Januar 1991, S.23 f., März 1991, S.160 f., April 1991, S.226), hatte die Hongkonger Regierung im Oktober 1989 angekündigt, auf der Nordseite der Insel Lantau einen neuen internationalen Flughafen zu bauen. Gemäß offiziellen Angaben sollten die Kosten allein für den Flughafen bei 38 Mrd.HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$) liegen. Ein weiterer Betrag von 41 Mrd.HK\$ ist für die Straßenanbindung des Flughafens an die Stadt erforderlich, womit sich die in unmittelbarer Verbindung mit dem Bauvorhaben eingeplanten Kosten auf mindestens 79 Mrd.HK\$ belaufen. Rechnet man die ebenfalls geplante Schnellbahn und andere Nebenprojekte wie eine Satellitenstadt in der Umgebung des Flughafens sowie zwei neue Container-Terminals hinzu, wird der erforderliche Gesamtaufwand für die Ausführung des Regierungsplans, der den Namen "Rosengarten" trägt, mit 127 Mrd.HK\$ (zu Preisen von 1989) kalkuliert.

Die chinesische Regierung ist nach eigenen Worten angesichts der allmählichen Kapazitätserschöpfung des beste-

henden Kai-Tak-Flughafens prinzipiell nicht gegen den Bau eines neuen Flughafens für Hongkong; da jedoch die Bauzeit des genannten Projekts über 1997 hinausreichen würde, beansprucht sie ein Mitspracherecht. Sie beklagte sich, daß die Hongkonger Regierung bei der Ausarbeitung des Plans die chinesische Seite nicht konsultiert und auch nach der Bekanntgabe des Plans Beijing nicht ausführlich über die Finanzierung und andere Daten informiert habe. Vor allem befürchtete die Chinesen, daß bei der Umsetzung des kostspieligen Bauplans die britischen Unternehmen den Löwenanteil des Aufträgeckuchens an sich ziehen und Hongkong als zukünftige chinesische Sonderverwaltungszone nach 1997 die Zeche an Schulden wird bezahlen müssen. Hingegen argumentierte die britische Kolonialregierung, daß sie vor der Übergabe Hongkongs 1997 allein die politische Verantwortung trage und daß der Flughafenbau über den Verkehrsbedarf hinaus für die Belegung der Wirtschaft Hongkongs sowie die Wiederherstellung des Vertrauens der Einwohner und Unternehmer Hongkongs in die Zukunft auch erforderlich sei. Im Streit bemängelten die Briten Beijings vorzeitige Einmischung in die Angelegenheiten Hongkongs, während die Chinesen den Briten vorhielten, Hongkongs Politik auch nach 1997 bestimmen zu wollen. Beide Seiten stützten sich dabei auf das sino-britische Abkommen von 1984 über Hongkong und beanspruchten für sich, die Interessen der Einwohner Hongkongs zu vertreten. Neben den Verhandlungen der Experten beider Seiten haben auch Hongkongs Gouverneur Sir David Wilson und der britische Außenminister Douglas Hurd bei ihrem Besuch in Beijing im Januar bzw. April d.J. Gespräche mit der chinesischen Führung zur Lösung des Problems geführt. Nachdem die Verhandlungen beider Seiten zuletzt bei den fünftägigen Gesprächen vom 18. bis 22.Mai d.J. in Beijing noch immer keinen Konsens erbracht hatten, schien es, daß die Briten auf das Bauprojekt verzichten oder die Bauarbeiten aufschieben würden. Die oben genannte Einigung, die am 4.Juli bekanntgegeben wurde, löste daher eine Sensation aus.

Die Einigung kam zustande, nachdem der außenpolitische Berater des britischen Premierministers John Major, Sir Percy Cradock, in einer geheimen

Mission fünf Tage lang (27.Juni - 1.Juli d.J.) in Beijing Gespräche mit der chinesischen Führung einschließlich des Generalsekretärs der KPCh Jiang Zemin und des Ministerpräsidenten Li Peng geführt hatte. Dabei wurde ein "Memorandum der Verständigung" zwischen beiden Seiten paraphiert. Noch in diesem Jahr wird Premierminister Major nach Angaben von Downing Street zur Unterzeichnung des Abkommens nach Beijing reisen.

In dem Dokument garantiert die britische Seite, daß die Finanzreserven Hongkongs zum Zeitpunkt der Übergabe nicht weniger als 25 Mrd.HK\$ betragen werden. Die Hongkonger Regierung muß bei Kreditaufnahmen von bis zu 5 Mrd.HK\$ mit Tilgungsfälligkeit nach dem 30.Juni 1997 (Datum der Übergabe der Kolonie) die chinesische Regierung darüber informieren. Bei Überschreitung dieser Summe hat sie die Zustimmung der chinesischen Regierung einzuholen. Weitere Konsultativ- und Kontrollbefugnisse werden der chinesischen Regierung durch die Bildung eines Flughafenkomitees mit paritätischen Vertretern beider Seiten unter der sino-britischen Liaisongruppe konzidiert. Bei Erteilung von über Ende Juni 1997 hinausreichenden Aufträgen und Konzessionen oder Gewährleistung von Krediten im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen soll die Hongkonger Regierung durch das Flughafenkomitee die chinesische Seite konsultieren. Für die Ausführung von wichtigen neuen, mit dem Flughafenbau verbundenen Projekten, die nicht im Anhang des Memorandums aufgeführt sind, oder von dort aufgeführten Kernprojekten, deren Kosten die Regierung zum großen Teil erst nach Ende Juni 1997 begleichen soll, braucht die Hongkonger Regierung eine vorherige Einigung mit der chinesischen Seite.

Ferner sollen eine Flughafenbehörde und ein Konsultativkomitee für den neuen Flughafen eingerichtet werden. Eine Persönlichkeit der Beijinger Bank of China in Hongkong soll von der Hongkonger Regierung zum Vorstandsmitglied der Flughafenbehörde ernannt werden. Auch bei Ernennung anderer Mitglieder der beiden Institutionen soll die Meinung der chinesischen Seite gehört werden. Zwecks intensiver Zusammenarbeit sollen die Außenminister Chinas und Großbritanniens gemäß dem Memorandum

zweimal im Jahr zusammenkommen; der Leiter des Hongkong- und Macau-Büros der chinesischen Regierung und der Gouverneur von Hongkong werden regelmäßig Gespräche führen.

Die chinesische Regierung hat ihrerseits im Memorandum die Unterstützung für den Flughafenbau in Hongkong zugesagt und allen an dem Projekt interessierten Investoren versichert, daß alle Verpflichtungen, die die jetzige Hongkonger Regierung beim Bau des Flughafens eingeht, auch nach Rückgabe der Kolonie am 1.Juli 1997 gültig bleiben. Sie ist ferner damit einverstanden, daß die Bank of China an dem Projekt z.B. durch Finanzierung mitwirkt und daß sich chinesische Bauunternehmen auch um Aufträge bewerben können. (Ein vollständiger Text des Memorandums in Englisch befindet sich als Dokument in diesem Heft von C.a.)

Die Einigung, ein unbestrittener Sieg Chinas bei den Verhandlungen, wurde in Hongkong allgemein begrüßt, weil das Projekt als eine Konjunkturspritze wirken wird. Andererseits wird dadurch auch sicherlich die Inflation, die zur Zeit bei rd. 14% liegt, weiter beschleunigt werden. Politisch jedoch, befürchteten viele liberale Politiker und Intellektuelle, stelle die Einigung einen Präzedenzfall für die Einmischung Beijings in die inneren Angelegenheiten Hongkongs sowohl vor als auch nach 1997 dar. (SCMP, 5.7.91; NZZ, FAZ, FT, AWSJ und IHT, 6.7.91; NfA, 10.7.91) -ni-

*(48)

Hongkongs Manager zeigen wenig Interesse am Erwerb britischer Nationalität

Die Hongkonger Regierung hat inzwischen die Zahl der Anträge auf einen britischen Paß mit Aufenthaltsrecht in Großbritannien bekanntgegeben. Ein ursprünglich von allen Seiten erwarteter Ansturm von Antragseingängen ist ausgeblieben. Besonders die einheimischen Manager zeigen kein großes Interesse an britischer Einbürgerung.

Wie berichtet (C.a. April 1990, Ü 45, S.279), hatte die britische Regierung im letzten Jahr, um den Brain-Drain von Hongkong zu stoppen, den "British Nationality (Hongkong) Act 1990" erlassen, der die Vergabe britischer Päs-

se für 50.000 Hongkonger Familien (rd. 225.000 Personen) mit Niederlassungsrecht in Großbritannien erlaubt und ihnen damit eine Rückendeckung für die Zukunft nach der Rückgabe der Kronkolonie an China 1997 gewährt. Die Erteilung der Pässe wird in zwei Etappen durchgeführt: In der ersten ist eine Quote von über 43.000 Familien zugelassen. Laut offiziellen Angaben sind 65.000 Anträge eingereicht worden. Mit rd. 12.000 liegen die Anträge von Managern und Verwaltern unter der für diese Berufsgruppen zugeteilten Quote von über 14.000. Bei anderen Gruppen gibt es allerdings mehr Anträge als die zugeteilte Quote zugeht. (DGB, 24.6.91)

Einer IHT-Meldung vom 25./26.Mai zufolge kehren inzwischen immer mehr Auswanderer, die meist dem Mittelstand angehören, nach dem Erwerb einer ausländischen Nationalität oder Niederlassungsberechtigung wieder nach Hongkong zurück. 7.000 der 18.000 australischen und gut die Hälfte der 20.000 US-amerikanischen Bürger in der Kronkolonie sind z.B. nach konsularischen Angaben Hongkonger Rückwanderer. Auch die Kanadier, die eine halbe Million Einwanderer aus Hongkong haben, bestätigen den Anstieg der Anzahl von Rückwanderern nach Hongkong. Im letzten Jahr erreichte die Zahl der Hongkonger, die auswanderten, eine Höhe von 62.000. Ein Experte der Firma Barsing Securities (Hongkong) glaubt an einen Rückgang der Auswandererzahl 1991 und 1992, und zwar auf 55.000 bzw. 50.000. Dem schließen sich die Konsultsbeamten Australiens, Kanadas und der USA jedoch nicht an.

Nach dem vorläufig bekanntgegebenen Ergebnis der jüngsten Volkszählung im März d.J. hat Hongkong 5.698.000 Einwohner, darunter 35.000 Durchreisende und 52.000 vietnamesische Flüchtlinge. Im Vergleich zu 1981 ist die Bevölkerungszahl innerhalb von zehn Jahren um 11,5% oder 588.000 gestiegen. Die durchschnittliche Jahresbevölkerungszuwachsrate ist von 1,5% in der ersten Hälfte des Jahrzehnts auf 0,7% in der zweiten gesunken. (XNA, 7.5.91) -ni-

Oskar Weggel

China - ein Friedensstifter in Nahost?

Zur Sechsländerreise Li Pengs

Gliederung:

- 1 Li Pengs Nahostmission
- 2 Drei Hauptinteressen Chinas
- 3 Eine Nachkriegsordnung für Nahost
 - 3.1 Die geplante Regionalkonferenz
 - 3.1.1 Chinas Haltung zum formellen Prozedere
 - 3.1.2 Chinas Haltung zur Ausgestaltung der Friedensordnung
 - 3.2 China und die Abrüstung in Nahost
 - 3.2.1 Vor einem neuen Rüstungswettlauf?
 - 3.2.2 Chinas Haltung zur Abrüstung in der Theorie
 - 3.2.3 Die Praxis: Chinas Waffengeschäfte
 - 4 Verhandlungsgegenstände bei der Li Peng-Reise
 - 4.1 Das Thema Nahostkonferenz
 - 4.2 Welche Themen wurden sonst noch angesprochen?
 - 4.3 Das Gesprächsprogramm in den einzelnen Ländern
 - 4.4 China - ein Freund der nahöstlichen Länder?

1

Li Pengs Nahostmission

Ziemlich genau ein halbes Jahr nach Beendigung des Golfkriegs begab sich Ministerpräsident Li Peng auf eine Nahostreise, deren Hauptziel es war, Chinas Profil in dieser Region zu

schärfen. Vom 2. bis 14.Juli stattete er den Ländern Ägypten, Jordanien, dem Iran, Saudi-Arabien, Syrien und Kuwait offizielle Besuche ab. Hauptthemen waren das Nahost- und das Palästina-, doch zunehmend auch das Abrüstungsproblem, das ja, wie es immer wieder hieß, einen integrierenden Bestandteil der Nahost-Befriedung bilde.

Bereits wenige Monate vorher, vom 18. bis 27.Dezember, hatte ein anderer chinesischer Spitzenpolitiker, Staatspräsident Yang Shangkun, vier nahöstlichen Ländern einen Besuch abgestattet, nämlich Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait und dem Sultanat Oman. Es war dies die erste Nahostreise eines Spitzenpolitikers nach dem Massaker von Beijing (Näheres dazu C.a., Dezember 1989, Ü 5).

Auch nach dem Golfkrieg hatte China eine intensive Nahostpolitik entfaltet. Allein im April 1991 wurden eine Sonderdelegation des marokkanischen Außenministeriums,¹ eine Delegation aus Libyen,² und eine tunesische Delegation unter Leitung des Staatspräsidenten Ben Ali³ in Beijing empfangen.

Zu intensiven Gesprächen kam es auch mit Syrien, weshalb sich China, wie unten noch auszuführen, zugute hält, daß die Zustimmung Assads zu einer internationalen Nahostkonferenz nicht zuletzt auch ein chinesisches Verdienst sei.

Noch während sich Li Peng im Nahosten aufhielt, besuchten zwei nahöstliche Spitzenpolitiker umgekehrt die VR China, nämlich eine Delegation des Libyschen Allgemeinen Volksrats⁴ und der Kulturminister von Oman.⁵